

Südtirol



„Die Debatte um die Pflege ist offen zu führen. Es braucht mehr Mittel. Wir können sie aber auch weiter aus dem Haushalt zahlen wie die Sanität, die übrigens im Trentino deutlich weniger kostet.“

Landesrätin Waltraud Deeg

Kein Kurzzeit-Platz für Opa im Heim

SOZIALES: Familien brauchen Entlastung, doch Heimen fehlt Personal – Tarifvertrag an seidenem Faden – ASGB sagt Nein, CGIL und CISL Ja

BOZEN (bv). Unbeschwert 10 Tage am Meer, während Opa im Seniorenheim gut versorgt ist. Vielerorts wird heuer aber nichts aus der Kurzzeitpflege: „Uns fehlt das Personal. Noch immer sind 600 Heimplätze nicht nachbesetzt“, sagt Verbandschefin Martina Ladurner. Große Hoffnungen setzt sie in den 30-Mio.-Euro schweren neuen Tarifvertrag, bis dato fehlen für eine gültige Unterschrift der Gewerkschaften aber 1,5 Prozent.



Einmal ein, 2 Wochen ausspannen, während man Opa oder Oma in dieser Zeit im Heim gut versorgt weiß. Was vor Corona gut funktioniert hat, scheidet heuer vielerorts am Personalmangel in den Heimen.

Betagte Familienmitglieder zu Hause 7 Tage die Woche 24 Stunden lang zu pflegen, ist eine Mammutaufgabe. Nach 2 Jahren Pandemie gehen viele pflegende Familien am Zahnfleisch und bräuchten Entlastung. Willkommen wäre die Kurzzeitpflege, bei der Senioren ein bis 2 Wochen im Heim betreut werden, während die Familie entspannt. „Jetzt, wo der Sommer naht, häufen sich die Anfragen, doch ebenso die Absagen seitens der Heime. Das kann es nicht sein“, sagt ASGB-Chef Tony Tschennett. „Kann es doch. Jedes Heim entscheidet autonom, ob es Kurzzeitpflege öffnet“, sagt Martina Ladurner. Ober Zahlen ver-

fügt sie nicht. „Dort, wo die Kurzzeitpflege nicht möglich ist, fehlt aber schlichtweg das Personal“, meint sie. Die Heime befinden sich in einer Zwickmühle. „Viele müssen sich fragen: Wo ist mehr geholfen? Mit Kurzzeitpflege oder Neuaufnahmen? Noch immer seien nämlich 600 Heimplätze nicht nachbesetzt. „Wir erwarten uns viel vom neuen Bereichsvertrag“, sagt La-

durner. Den Heimen laufen Angestellte davon und wechseln oft in die Sanität. „Mit dem Vertrag erfolgt eine gezielte Anerkennung unserer Realität. Zulagen für Nachtturnus, über den Tag verteilte Schichten oder fürs Einspringen werden erhöht“, so Ladurner. Zudem werde ein neues Berufsbild für Pflegehelfer und Sozialbetreuer in Ausbildung eingeführt. „Diese sind

vom ersten Tag an angestellt und absolvieren ihre theoretische Ausbildung wohnortnah“, so Ladurner. „Mit dem Vertrag werden 50 Mio. Euro in 3 Jahren ausgeschüttet, davon 20 Mio. heuer: 5 in Form von Prämien zwischen 430 und 650 Euro. Noch aber hängt die Unterschrift am seidenen Faden. Die Gewerkschaften haben bis 23. Mai Bedenkzeit

ausgebeten. „Und ich kann nur hoffen, dass sie das Geld abbolen“, so Landesrätin Deeg. Zur Unterschrift bereit sind CGIL/ACIL und SGB/CISL. „Wir können 50 Millionen nicht in den Wind schmeißen. Die Mitarbeiter warten hart auf das Geld“, sagt Delia Agolari (CGIL). Krankpfleger erhalten 130 Euro mehr, bei den Pflegehelfern seien es 90 Euro – rückwirkend ab Jänner. Natürlich wäre es schön, wenn alle im Grundgehalt mehr bekämen. „Dazu aber ist der bereitsübergreifende Vertrag da.“ Die beiden konföderierten Gewerkschaften vertreten aber nur 40,5 Prozent der Mitarbeiter. Damit der Vertrag gültig ist, müssen es über 50 Prozent sein. Kritik an der finanziellen Ausstattung des Vertrags übt wie berichtet der ASGB – und auch der Verband für Sozialberufe (siehe digitale Ausgabe). „Inzwischen haben wir Versammlung abgehalten, die Mitarbeiter sind enttäuscht. Wir unterschreiben nicht“, so Tschennett. Dies sei die einzige Chance, die Landespolitik zu bewegen, im Nachtragshaushalt noch mehr Geld für den Vertrag locker zu machen.

Tourismus: Steifer Wind bei Runde in den Bezirken

BOZEN (bv). Landesrat Arnold Schuler trägt seit seinem Landesurlaubsentwicklungsbericht durch die Pandemie – und es weht über ein wildes Meer ins Gesicht. In der Vorstellung im Juni 2021 war dies auch ein Sommer. Das Virus hat viele Betten verloren und die Orte wüsten sich. Ein Bettentopps nach dem anderen. Nach den Pandemieverboten in Qualität sind aber im landesweiten Grün blauen Ortskern gibt es Gelassenheit. „Dass auch Kritik zu erwarten und der Sache. Bei der Runde im Pustertal noch kritischer.“

-Gesetz: ... um 100 ...

is Omnibus... auf. Am die Landes... heute Landtag weiden. Dort wird von der Opposition... auch von der... sehnlichst er...ammelgesetz. Fraktion zwar... Gesetzestext... vor. Eben die... und länger. Artikeln von... uler zum Bet... es zahlreiche... in Waltraud...nbaun – darun... Wohnen mit... wie zur ver...ung von So...ach 20 Jahr...am ange...it dem der... 0 Jobs er...sollen vor...ngsbe-

Mittelfristig 500 Millionen Euro für Pflege nötig

ALTER: Arbeitsgruppe am Werk – Deeg: 6 Optionen und 2 Umfragen zu Pflegegeld – Im Vorjahr Anstieg um über 12 Mio. Euro

BOZEN (bv). Die Summe ist beeindruckend: Zur Absicherung der Pflege betagter Menschen fallen mittelfristig Mehrkosten von 500 Mio. Euro im Jahr an. Dies ist laut Landesrätin Waltraud Deeg die erste Schätzung einer Arbeitsgruppe der Uni Bozen. Auf die Summe folgt die Frage: Wer soll das bezahlen? Zum 15-jährigen Bestehen der Pflegesicherung gab das Land eine Studie zur Sicherung der Pflege beim Kompetenzzentrum der Uni Bozen in Auftrag. „Da kommen alle Zahlen auf den Tisch“, so Deeg. Pflege kostet schon jetzt weit mehr als das Pflegegeld, 500 bis 600 Mio. Euro werden ausgegeben, wenn man Kosten für private Pflegerinnen (Badanti) einberechnet oder Zuschüsse, die über den Sanitätsbetrieb an Seniorenheimen fließen. Und es wird nicht weniger – im Gegenteil.

schenergebnissen der Arbeitsgruppe zufolge laut Deeg 500 zusätzliche Mio. Euro im Jahr für Pflege nötig. Die Gründe sind vielfältig. Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt zu. „Sie erreicht 2035-2040, wenn die Generation Babyboomer im hohen Alter ist, ihren Höhepunkt“, so Ressortdirektor Luca Critelli. Moderne Familiensituationen erschweren die Pflege zu Hause, und nicht zuletzt müssen Gehälter der Mitarbeiter steigen, damit überhaupt noch welche zu finden sind. Konstant im Steigen sind die Ausgaben für das Pflegegeld – in 5 Jahren um 42,5 Mio. Euro (siehe Grafik). Von einer Kostenexplosion will Deeg nichts wissen. Im Schnitt betragen die Steigerungen 2 Prozent. Im Vorjahr lag der Anstieg allerdings bei 5 Prozent – primär, weil den Heimen aufgrund der Pandemie die Kosten

für unbesetzte Plätze zurückstapelt wurden, was mit 10 Mio. Euro zu Buche geschlagen hat. Die Arbeitsgruppe feilt laut Critelli an 6 Optionen für die Zukunft. Die Bandbreite reicht von alles lassen wie es ist, bis zur Einführung von Zusatzsäulen aus Rentenfonds, Betriebsfonds, Gesundheitsfonds oder privater Tasche. Was umgesetzt wird, entscheidet die Politik. Für Deeg ist klar, dass es zusätzliche Finanzmittel braucht. „Ich bin für eine offene Diskussion. Wir können auch weiterhin alles aus dem Haushalt finanzieren wie die Sanität, die im Trentino übrigens deutlich weniger kostet.“ Mitreden soll auch der Bürger. Derzeit wird die Meinung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen erhoben. Geplant ist aber auch eine landesweite Umfrage zur Finanzierung von Pflege.

Pflegegeld: Bedarf steigt und steigt

JAHRE	BEGÜNSTIGTE	GESAMTAUSGABE
2015	14.201	€ 196.375.778
2016	14.382	€ 202.060.872
2017	15.053	€ 213.547.769
2018	15.285	€ 223.327.206
2019	15.536	€ 229.214.692
2020	15.155	€ 242.673.588
2021	15.425	€ 254.984.504

